

## **Datenschutzhinweise nach EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) -Informationen wegen der Erhebung personenbezogener Daten nach Art. 13 und 14 der Verordnung EU 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutz Grundverordnung (DSGVO)**

Grundsätzlich bewahrt die Stiftung Deutsche Kinemathek Verschwiegenheit über die ihr bei ihrer Aufgabenwahrnehmung bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten.

Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Vergabeverfahren verarbeitet die Stiftung Deutsche Kinemathek als Auftraggeberin und ausschreibende Daten von Ihnen. Sollte Ihnen der Zuschlag erteilt werden, wird die Auftraggeberin außerdem im Rahmen der Vertragsdurchführung Daten von Ihnen verarbeiten.

Mit diesen Datenschutzhinweisen möchten wir Sie nachstehend gemäß Art. 13 und Art. 14 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens und der Vertragsdurchführung informieren.

### **1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen:**

Frau Treutler

[REDACTED] Mauerstraße 79  
[REDACTED] 10117 Berlin  
ptreutler@deutsche-kinemathek.de

### **2. Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:**

Herr Harrand und Lars Krause (extern TERCENUM AG)

[REDACTED] Mauerstraße 79  
[REDACTED] 10117 Berlin  
datenschutz@deutsche-kinemathek.de

### **3. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten:**

#### **3.1 Zweck der Verarbeitung:**

Durchführung eines Vergabeverfahrens und Vertragsdurchführung

#### **3.2 Rechtsgrundlagen:**

Betreffend das Vergabeverfahren: Art. 6 Abs. 1 lit. c) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 3 DSGVO und § 1 ff. Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)

Betreffend die Vertragsdurchführung: Art 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 3 DSGVO.

### **4. Empfänger der personenbezogenen Daten:**

Die ausschreibende Stelle ist nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 4

Arbeitnehmerentsendegesetz, § 21 Abs. 1 Schwarzarbeit Bekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von Euro 30.000 ohne Umsatzsteuer für den Bewerber oder die Bewerberin, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerberegister nach § 150 a) Gewerbeordnung anzufordern.

Nach § 46 Abs. 1 Satz 1 VgV teilt die ausschreibende Stelle jedem Bieter unverzüglich ihre Entscheidungen über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung oder die erfolgte Zuschlagserteilung mit. Gleiches gilt für die Entscheidung, ein Vergabeverfahren aufzuheben oder erneut einzuleiten einschließlich der Gründe dafür, sofern eine Auftragsbekanntmachung oder Vorinformation veröffentlicht wurde.

Nach § 46 Abs. 1 Satz 3 UVgO unterrichtet die ausschreibende Stelle auf Verlangen des Bieters unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags in Textform nach § 126 b) BGB jedem Bieter über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters.

## **5. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:**

Betreffend das Vergabeverfahren: Die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten des Vergabeverfahrens beträgt 6 Jahre gemäß Ziffer 12 AV zu § 55 der Landeshaushaltsordnung Berlin in Verbindung mit Anlage 1 AV § 71 der Landeshaushaltsordnung Berlin, § 8 Absatz 4 VgV, sofern nicht anderweitige gesetzliche Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Abweichend dieser Regelungen hat die SDK im Verfahrensverzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten der Zentralen Dienste festgelegt, dass unter Punkt 11 in Spalte O, Geschäftsdokumente 10 Jahre aufbewahrt werden.

Betreffend die Vertragsdurchführung: Die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten im Rahmen der Vertragsdurchführung beträgt nach Landeshaushaltsordnung 6 Jahre, sofern nicht Art. 6 Abs. 1 S 1 lit. c) DSGVO i.V.m. anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, Landeshaushaltsordnung, Europäische Haushaltsordnung) zu einer längeren Speicherung verpflichten. Abweichend dieser Regelungen hat die SDK im Verfahrensverzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten der Zentralen Dienste festgelegt, dass unter Punkt 11 in Spalte O, Geschäftsdokumente 10 Jahre aufbewahrt werden.

## **Rechte der betroffenen Personen**

Sie haben uns gegenüber die in der Datenschutzgrundverordnung geregelten Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, diese sind:

### **5.1 Recht auf Auskunft**

Es besteht gemäß Art. 15 DSGVO ein Recht auf Auskunft der von der ausschreibenden Stelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

### **5.2 Recht auf Berichtigung:**

Es besteht gemäß Art. 16 DSGVO ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind unvollständige Daten können vervollständigt werden.

### **5.3 Recht auf Löschung:**

Es besteht grundsätzlich gemäß Art. 17 DSGVO ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch unter anderem davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (siehe auch Dauer der Speicherung).

### **5.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:**

Es besteht gemäß Art. 18 DSGVO ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/Bieters zu verlangen.

### **5.5 Recht auf Datenübertragbarkeit:**

Es besteht gemäß Art. 20 DSGVO ein Recht, Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen.

### **5.6 Recht auf Widerspruch:**

Es besteht gemäß Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht.

## **6. Beschwerderecht gemäß Art. 77 DSGVO bei der Datenschutzaufsichtsbehörde:**

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde des Landes Berlin ist:  
Die Berliner Landebeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Maja Smoltczyk,  
Friedrichstr. 219, 10969 Berlin; Besuchereingang: Puttkamer Str. 16-18; Telefon:  
(030) 13889-0, Telefax: (030) 215 50 50, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

Dorthin sind etwaige Beschwerden zu richten, sofern die Auskunft gebende Behörde ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

## **7. Datensicherheit/E-Mail Kommunikation**

Wir weisen darauf hin, dass beim Versand von E-Mails die Datenübertragung über das Internet ungesichert erfolgt und die Daten somit theoretisch von Unbefugten zur Kenntnis genommen oder auch verfälscht werden könnten. Die angegebenen Kontakt-E-Mail-Adressen sind noch nicht für E-Mails mit digitaler Signatur vorbereitet. Bitte beachten Sie dies bei der E-Mail Kommunikation bevor Sie personenbezogene Daten übersenden.

## **8. Sonstiges**

Eine Informationspflicht des Verantwortlichen wegen der Erhebung von personenbezogenen Daten bei Dritten (z.B. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Art. 14 Abs. 5 lit. c) der DSGVO nicht. Die Datenerhebung ist im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen (§ 3 UVgO).

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt der „Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit“ unter nachfolgendem Link:  
<https://www.datenschutz-berlin.de/entnehmen>.